Zeitschrift: Zeitschrift für Sozialhilfe: ZESO

Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS

Band: 119 (2022)

Heft: 3

Rubrik: Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

NACHRICHTEN

Dossiers und Kosten in der Sozialhilfe

Die SKOS hat das Grundlagenpapier «Schätzungen der Zunahme durch anerkannte Flüchtlinge (Flü) und vorläufig Aufgenommene (VA)» aktualisiert. Durch den Wechsel der 2014-2016 in der Schweiz angekommenen Asylsuchenden in die Verantwortung der Kantone und Gemeinden wird die Regelsozialhilfe ab 2020 mehr belastet. Das Grundlagenpapier macht Prognosen für die Entwicklung von Fallzahlen und Kosten für die nächsten Jahre. Die SKOS geht davon aus, dass die 2019 lancierte Integrationsagenda sich potentiell positiv auf die Erwerbsquoten der VA und Flü auswirken und damit die Sozialhilfekosten senken wird. (Red.) Grundlagenpapier:

Nächstes SKOS Monitoring 2024

www.skos.ch/Publikationen

Seit 2014 führt die SKOS im Zweijahresrhythmus ein Monitoring zur Umsetzung der SKOS-Richtlinien in Kantonen und Gemeinden durch. Das Monitoring war ursprünglich für 2020 geplant, aufgrund der Covid-19-Pandemie wurde es schliesslich 2021 durchgeführt. Die Geschäftsleitung hat an ihrer letzten Sitzung beschlossen, die nächste Befragung 2024 durchzuführen.

www.skos.ch/Publikationen

Unterstützung bei Mehrfachproblematiken

Die Anforderungen in der Berufsbildung und Arbeitswelt sind gestiegen, die Ausbildungswege komplexer geworden. Die in allen Kantonen vorhandenen Grundangebote für den Übergang von der Sekundarstufe II in den Beruf sind zwar vielfältig, bieten jedoch jungen Menschen mit Mehrfachproblematiken zu wenig individuelle und bedarfsgerechte Unterstützung. Die von der nationalen Plattform gegen Armut in Auftrag gegebene Studie zeigt auf, wie diese gewährleistet werden kann. Sie erarbeitete u.a. einen Leitfaden zur Weiterentwicklung kantonaler Systeme im Übergang Schule, Ausbildung, Arbeitsmarkt mit Anregungen zur Weiterentwicklung für jede Systemebene. (Red.)

www.gegenarmut.ch/Berufswahl und Berufseinstieg



Haushalte mit knappem Budget spüren deutlich die steigenden Preise. FOTO: SHUTTERSTOCK

Auswirkung der Teuerung in der Sozialhilfe

Nach mehr als einem Jahrzehnt mit stabilen Preisen steigt der Landesindex der Konsumentenpreise (LIK) seit Anfang 2022 erstmals deutlich. Die Jahresteuerung betrug im Juli 3,4 Prozent. Diese Entwicklung hat in der Schweiz eine breite Diskussion zum Teuerungsausgleich ausgelöst, die sowohl die Sozialversicherung (AHV/IV/EL) wie auch die Sozialhilfe betrifft. Erdölprodukte (Heizöl, Gas), die aktuellen Treiber der Teuerung, sind nicht Teil des SKOS-Warenkorbs. Sie werden als Mietnebenkosten im Rahmen der materiellen Grundsicherung übernommen. Die SKOS empfiehlt den Sozialhilfebehörden in der aktuellen Situation, die effektiven Mietnebenkosten zu übernehmen, auch wenn dadurch die Limiten für Nebenkosten überschritten werden.

Dabei soll überprüft werden, ob die höheren Nebenkosten tatsächlich durch die Preissteigerung bei den Erdölprodukten verursacht werden. Die Teuerung auf dem SKOS-Warenkorb liegt aktuell unter 2 Prozent. Für den Fall, dass diese auf drei oder mehr Prozent steigen, macht die SKOS abgestufte Empfehlungen.

Per 1.1.2023 werden 20 Kantone den von der SKOS auf 2022 angepassten GBL von mindestens 1006 Franken anwenden. Auch die SODK empfiehlt den Kantonen die Anpassung. Den sechs Kantonen, die aktuell einen tieferen Ansatz anwenden, empfiehlt die SKOS angesichts der aktuellen Teuerung eine Anpassung auf 1006 Franken auf Anfang 2023.

SKOS

Debatte zu den Überbrückungsleistungen

Das Bundesgesetz über die Überbrückungsleistungen (ÜL) für ältere Arbeitslose ist seit Mitte 2021 in Kraft. Die SKOS war im Vorfeld an der Entwicklung des Vorschlages stark beteiligt. Sie hat 2018 Vorschläge für eine nachhaltige Verbesserung der Lebenslagen von Erwerbslosen und Sozialhilfebeziehenden über 55 Jahren publiziert und bei Interface eine Berechnungen zur nachhaltigen Verbesserung der Lebenslage von älteren Arbeitnehmenden in Auftrag gegeben. Die die daraus resultierenden Forderungen der SKOS wurden in der parlamentarischen Debatte jedoch stark aufgeweicht, die Altersgrenze für einen Anspruch wurde

auf 60 Jahre festgelegt. Durch weitere Ausschlusskriterien wie die relativ tiefe Vermögensgrenze haben nur wenige Personen Anspruch auf die ÜL, im zweiten Halbjahr 2021 waren es lediglich 169 Personen während im selben Zeitraum 1788 Personen zwischen 60 und 64 Jahren ausgesteuert wurden. Während einige Vollzugsbehörden keine Zukunft dieser Überbrückungsleistungen sehen, wurde am 6. Juni eine Interpellation (22.3561) eingereicht, welche Erfahrungen der SODK und der SKOS sowie eine Überprüfung der Anspruchsvoraussetzungen fordert.